

Was sagst du zur Umsetzung der Valorisierung der Sozialleistungen?

Kattinig: Die Valorisierung ist positiv, trotzdem bleiben viele Sozialleistungen wie die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld und der Ausgleichszulagenrichtsatz, also die zentralen Unterstützungen, auf die viele Menschen angewiesen sind, unterhalb der Armutsgrenze. Angesichts der enormen Teuerungen ist das zu wenig.

Die Regierung kündigt auch die Senkung der Lohnnebenkosten an. Hilft das?

Kattinig: Das hilft natürlich. Allerdings nicht den Arbeitnehmer*innen. Die Senkung der Lohnnebenkosten sieht die Reduktion des Unfallversicherungsbeitrages vor. Damit entgehen dem Sozialstaat rund 125 Millionen Euro jährlich. Damit wird das Aufgaben- und Leistungsspektrum für die Versicherten weiter eingeschränkt. Die Senkung von Lohnnebenkosten klingt zwar recht gut, geht aber immer zulasten der Arbeitnehmer*innen.

Sind die Entlastungen fair verteilt?

Kattinig: Also, die Abgeltung des inflationsbedingten Anstiegs des Lohnsteueraufkommens – die kalte Progression – ist zu begrüßen. Allerdings profitieren von der Entlastung vor allem die oberen Einkommen weit stärker, weil niedrigere Einkommen keine oder wenig Lohnsteuer zahlen.

Was fehlt?

Kattinig: Einmalzahlungen helfen einmal. Die Inflation mit all ihren Belastungen wird uns aber leider länger bleiben. Wir brauchen daher Maßnahmen gegen die Inflation wie z. B. einen Gaspreisdeckel für Kraftwerke und Konsument*innen sowie strukturelle Maßnahmen, die für mehr Gerechtigkeit sorgen, wie z. B. die Besteuerung der Übergewinne, die sog. Windfall-Profits, und Steuern für besonders Vermögende, die oftmals in dieser

Krise weitere Gewinne schreiben. Die Verschiebung der CO₂-Bepreisung ist ebenfalls ein falsches Signal, weil es keine Anreize für die Energiewende und den Klimaschutz gibt.

Es gibt die Forderung nach der Besteuerung von Gewinnen. Aber wieso sollen die jetzt nochmals besteuert werden?

Kattinig: Es geht ja hier nicht um Gewinne aus besonderem unternehmerischem Handeln und kaufmännischem Geschick. Es geht hier um sogenannte Übergewinne, die durch hohe Preise für fossile Brennstoffe für Erdölkonzerne und einige Energieunternehmen aufgrund des Preissetzungssystems entstehen. Der Verbund hat seinen Gewinn verdreifacht, die OMV in nur drei Monaten 2,6 Mrd. Euro Gewinn geschrieben. Die europäische Energieagentur spricht von rund 200 Mrd. an Übergewinnen in der EU. Diese Gewinne gehören besteuert und zweckgebunden zum Ausgleich der Lasten für Haushalte und für den Ausbau erneuerbarer Energien verwendet werden. Das hilft den Menschen und der Umwelt.

Vielen Dank für das Gespräch.



Foto: younion

Zur Person

Thomas Kattinig: Mitglied des Bundespräsidiums der younion_Die Daseinsgewerkschaft, Bereichsleitung für Internationales, EU und Daseinsvorsorge



Sabine Vogler
Amnesty-Netzwerk
Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte



Philippinen: Krieg gegen die Armen!

Die Senatorin Leila de Lima befindet sich seit fünf Jahren als gewaltlose politische Gefangene in Haft.

Die Politikerin, eine ehemalige Justizministerin, gilt als eine der unerschrockensten Kritiker*innen der von der Regierung von Präsident Duterte begangenen Menschenrechtsverletzungen. Im sogenannten „Krieg gegen Drogen“ hat die philippinische Polizei Tausende angeblicher Drogenhändler*innen und -konsument*innen getötet oder töten lassen, oft bis zu 1.000 Menschen pro Monat. Ein Amnesty-Bericht wies darauf hin, dass die Polizei insbesondere gegen arme Menschen vorgeht, und dass sie Beweismittel manipulieren, Auftragskiller rekrutieren, die Toten bestehlen und offizielle Polizeiberichte fälschen.

2017 wurde Leila de Lima festgenommen, nachdem sie versucht hatte, Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen Drogen“ zu untersuchen. Die Senatorin wies stets darauf hin, dass die Anklagen, die ihr Verflechtung mit illegalem Drogenhandel vorwarfen, fabriziert waren. Nun haben drei Belastungszeugen ihre Aussagen zurückgezogen: Sie seien unter Druck, Nötigung und Drohungen von Polizei und hochrangigen Beamt*innen dazu gebracht worden, gegen Leila de Lima auszusagen.

Amnesty International fordert die Aufhebung des Urteils und die unverzügliche und bedingungslose Freilassung der Senatorin. Eine Aktion dazu finden Sie unter: gewerkschafterInnen.amnesty.at